

Geschäftsstelle des
Landesjugendhilfeausschusses Berlin

Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Berlin am 19.01.2022

TOP 7 der Tagesordnung:

B e s c h l u s s

Kostenanpassung der Regiemittel im "Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen"

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt:

Der Landesjugendhilfeausschuss fordert die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Familie und das Abgeordnetenhaus von Berlin erneut auf, die defizitäre Regiemittelausstattung im Landesprogramm 'Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen' für die Träger zu beenden und diese an reale, weiter gestiegene Kosten anzupassen. Mit dieser überfälligen Kostenanpassung der Regiemittel muss auch eine Umstellung der Finanzierungssystematik erfolgen. Statt der bisherigen Regiemittelgewährung entsprechend der Stellenumfänge (aktuell: 3.250 € pro VZE und 1.625 € bei bis zu 0,5 Stellenanteilen) muss eine Finanzierung pro Kopf erfolgen, da Kosten wie Personalverwaltung, Mieten, Betriebs- und Sachkosten u. a. pro Jugendsozialarbeiter:in entstehen, unabhängig vom jeweiligen Stellenumfang.

Darüber hinaus sind Trägeraufgaben für die Koordinations- und Kooperationsleistungen mit der jeweiligen Schule zu finanzieren. Träger übernehmen hier diverse notwendige Aufgaben. Dazu gehören Besprechungen, Planungen und Abstimmungen mit den Schulen und Schulleitungen und Standortpräsenz, z. B. durch Teilnahme an besonderen Anlässen (schulische Gremien, Schulfeste, Fachtagungen u. a.). Sie stärken damit die Anliegen der Jugendhilfe am Standort Schule und ihre Mitarbeitenden in der Jugendsozialarbeit und befördern somit wesentlich die Zielstellungen des Landesprogramms Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen. Diese Leistungen müssen folglich in angemessener Höhe finanziert werden. Die Handlungsempfehlungen des Evaluationsberichts zum Programm "Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen" hatten die Ausstattung der Kooperation durch mehr personelle und sachliche Ressourcen ausdrücklich angeregt, der Landesjugendhilfeausschuss hatte dies mit Beschluss vom 21.11.2018 unterstützt und gefordert.

Christoph Happel
(UA Etat)

Elvira Kriebel
(UA Jugendarbeit, außerschulische Jugendbildung, Jugendsozialarbeit)

Abstimmung 15 / 0 / 0